



ایران رپورت

Iran-Report

11/21

November 2021 – erscheint monatlich, elektronisches Abo! V.i.s.d.P. Annette Maennel

Innenpolitik	2
Kultur	7
Wirtschaft	10
Aussenpolitik	13

Iran befand sich bereits vor der Corona-Pandemie im Krisenmodus. Die umfassenden Sanktionen, die die USA nach ihrem Austritt aus dem Atomabkommen 2018 gegen die Islamische Republik verhängten, hatten eine schwere Rezession zur Folge und empfindliche Auswirkungen auf die Lebensqualität der Iraner/innen. Die neue US-Regierung hat die Sanktionen in ihren ersten Wochen im Amt nicht gelockert. Derweil ist unklar, ob und wann das Atomabkommen wiederbelebt werden kann. In Reaktion auf interne und externe Bedrohungsszenarien monopolisiert die Führung die Macht immer weiter zu Gunsten der Konservativen und Ultras. Insbesondere die Revolutionsgarden sicherten politisch und wirtschaftlich ihre Interessen und gewannen an Schlagkraft.

IMPRESSUM

Autor: Bahman Nirumand
Redaktion: Julia Bartmann
V.i.S.d.P.: Annette Maennel
20. Jahrgang

INNENPOLITIK

Ex-Staatspräsident Banisadr gestorben / Anklage gegen Rohani wird vorbereitet / Hackerangriff legt große Teile des Tankstellennetzes lahm / Fünfzehntausend Geburten von Frauen im Kindesalter / Langjährige Haftstrafe für den ehemaligen Direktor der Zentralbank / Streik der Lehrer/innen / Geburtenrate soll gesteigert werden / Zehn Spione festgenommen / Sechste Welle der Corona-Epidemie

EX-STAATSPRÄSIDENT BANISADR GESTORBEN

Ex-Staatspräsident Abolhassan Banisadr ist am 9. Oktober in seinem Pariser Exil im Alter von 88 Jahren gestorben. Er war der erste Staatspräsident in der mehr als 2500-jährigen Geschichte Irans.

Als Sohn eines einflussreichen Geistlichen, eines Ayatollahs, wurde er 1933 in einem Dorf in der Nähe der Stadt Hamedan geboren. Sein Vater war mit Ayatollah Chomeini, der später die Islamische Republik gründete, befreundet. Nach dem Abitur begab sich Banisadr zum Studium der Volkswirtschaft und des islamischen Rechts nach Teheran. Dort schloss er sich der Nationalen Front an, die einst von Mohammad Mossadegh gegründet wurde. Mossadegh, der einzige demokratische Regierungschef in der iranischen Geschichte, wurde 1953 durch einen von den USA und den Briten organisierten Militärputsch gestürzt. 1961 wurde Banisadr zum Delegierten der Teheraner Universität zum Kongress der Nationalen Front gewählt. Anfang der sechziger Jahre, bevor er sich 1962 zur Fortsetzung seines Studiums nach Frankreich begab, wurde er zweimal verhaftet. In Paris promovierte er an der Sorbonne. Zugleich wurde er Mitglied der Konföderation Iranischer Studenten, des Dachverbands der damaligen iranischen Auslandsopposition. Doch bald trennte er sich von dieser Organisation und schlug eigene Wege ein. Ihm schwebte ein alternatives Staatssystem vor, das zwischen einem kapitalistischen und einem sozialistischen Staatssystem lag und auf einer „demokratischen Auslegung des Islam“ basierte. Dazu veröffentlichte er mehrere Bücher und Zeitschriftenbeiträge.

Als 1978 Ayatollah Chomeini von seinem Exil in der irakischen Stadt Nadschaf nach Paris übersiedelte, wurde Banisadr zu einem seiner Berater und Sprecher. Laut eigenen Angaben stammten viele Versprechen, die Chomeini in Richtung Freiheit und Demokratie abgab, aus seiner Feder.

Nach der Revolution wurde Banisadr zunächst Wirtschafts- und Außenminister. 1980 wurde er mit mehr als 70 Prozent der Stimmen zum ersten Präsidenten der neu gegründeten Islamischen Republik gewählt.

Während seiner Präsidentschaft gab es zwei herausragende Ereignisse: die Geiselnahme amerikanischer Botschaftsangehöriger in Teheran, um deren Freilassung er sich vergeblich bemühte, und den Krieg gegen den irakischen Nachbarn, bei dem er zum Oberbefehlshaber ernannt wurde. Hinzu kamen die inneren Unruhen und wirtschaftlichen Engpässe. Damit nicht genug, er war von Anbeginn mit der Feindschaft fundamentalistischer Islamisten konfrontiert.

Sehr bald stellte sich heraus, dass sich der Weg, den Chomeini und seine Weggefährten verfolgten, grundsätzlich vom dem unterschied, den Banisadr geplant hatte. Aber auch unter den säkularen Demokraten war seine Rolle als Präsident vor allem bei der sogenannten Kulturrevolution und bei dem Umgang mit der kurdischen Minderheit höchst umstritten. Die Auseinandersetzungen mit den Ultras spitzten sich ständig zu, so weit, dass Banisadr schließlich vor der Entscheidung stand, nachzugeben und sich dem Diktat Chomeinis und dem Druck der Ultras zu beugen, oder Widerstand zu leisten und seinen Machtverlust zu riskieren. Er blieb standhaft, warnte öffentlich vor einem totalitären Staat

und rief die Bevölkerung zum Widerstand auf. Es kam in der Hauptstadt und an anderen Orten zu bewaffneten Auseinandersetzungen. Schließlich wurde Banisadr mit Zustimmung Chomeinis vom Parlament wegen „Regierungsunfähigkeit“ abgesetzt. Um der Gefahr einer Bestrafung oder gar Hinrichtung zu entrinnen, floh er nach Paris. Dort gründete er gemeinsam mit den Volksmodschahedin und einigen anderen Organisationen und oppositionellen Persönlichkeiten den Nationalen Widerstandsrat, den er aber nach weniger als zwei Jahren verließ, weil die Volksmodschahedin sich in die Abhängigkeit des damaligen irakischen Diktators Saddam Hussein begeben hatten. Banisadr war ein entschiedener und konsequenter Gegner jeglicher Abhängigkeit von einer fremden Macht, erst recht einer Macht, die gegen das eigene Land Krieg führte.

Die Jahre nach der Trennung bis zu seinem Tod verbrachte Banisadr in Paris. Er gab die monatlich erscheinende Zeitung „Islamische Revolution im Exil“ heraus. Dazu veröffentlichte er zahlreiche Bücher und Artikel. Lange Zeit hindurch hielt er an der Idee eines islamisch-demokratischen Staats fest. Doch schließlich sah er ein, dass ein demokratischer Staat die Trennung von Staat und Religion voraussetzt.

ANKLAGE GEGEN ROHANI WIRD VORBEREITET

Hassan Schodschai, Vorsitzender des Petitionsausschusses im Teheraner Parlament, sagte am 9. Oktober, der Ausschuss habe sich mit den Klagen gegen den ehemaligen Präsidenten Hassan Rohani und seine Regierung befasst und beschlossen, eine Kommission zu bilden, die im Präsidialamt die Fälle untersuchen soll. Wie die Tageszeitung Schargh berichtete, habe der Abgeordnete von „mehr als 500.000 Unterschriften und Klagen“ berichtet, die gegen Rohani eingereicht worden seien.

Es war nicht das erste Mal, dass eine gerichtliche Verfolgung von Rohani gefordert wurde. Selbst als er amtierender Präsident war, verlangten Ultras seine Bestrafung. Er wurde, vor allem nach der Unterzeichnung des Atomabkommens 2015, mehrmals und immer wieder als Landesverräter bezeichnet. Aber zu einer juristischen Verfolgung kam es nie.

Doch nun scheint das Parlament, in dem Ultras und Konservative die absolute Mehrheit bilden, ernsthaft entschlossen zu sein, die Verfolgung einzuleiten. Die Agentur Fars, die den Revolutionsgarden nahesteht, nannte einige Punkte, die gegen Rohani und seine Regierung vorgebracht werden. Demnach wird der ehemaligen Regierung vorgeworfen, die nationale Währung entwertet und damit das Volkseigentum vergeudet, zahlreiche Agenten mit doppelter Staatsangehörigkeit beschäftigt und durch Verhinderung der Anwendung der „traditionellen und islamischen Medizin“ den Tod von zahlreichen Menschen in Kauf genommen zu haben. Ferner habe die Regierung mit fremden Mächten, die Iran mit Sanktionen bestraft hätten, illegal Verträge geschlossen und Vereinbarungen getroffen. Sie habe den sich verbreitenden Einfluss des Fremden auf Internet und soziale Netzwerke gefördert und damit die Zerstörung der Familien, Raub, Mord, sexuelle Abartigkeiten, psychische Krankheiten und sonstige verderbende Elemente gefördert und verbreitet. In diesem Zusammenhang habe sie die Gründung des nationalen Internets verhindert und die Anweisungen des Revolutionsführers ignoriert. Sie habe die geheimen Wege zur Umgehung von Sanktionen verraten, sei gegenüber den Feinden schwach aufgetreten, habe gebettelt und nutzlose Verhandlungen geführt. Sie habe völlig unbegründet die Benzinpreise erhöht und damit Unruhen ausgelöst, bei denen mehr als 200 Menschen ums Leben gekommen sind.

Einige Abgeordnete erklärten in Redebeiträgen, Rohani müsse unbedingt zur Verantwortung gezogen werden. Auch in den sozialen Netzwerken läuft seit Wochen eine Kampagne gegen den ehemaligen Präsidenten.

Rohani selbst hat sich bislang zu den Vorwürfen nicht geäußert. Ganz selten tritt er öffentlich auf. Zuletzt veröffentlichte er eine kurze Stellungnahme zu dem Attentat gegen die Schiiten in Kundus.

HACKERANGRIFF LEGT GROßE TEILE DES TANKSTELLENNETZES LAHM

Ein Hackerangriff hat am 21. Oktober 4300 Tankstellen im ganzen Land lahmgelegt. In einer ersten Stellungnahme sagte Präsident Ebrahim Raisi, Ziel des Angriffs sei die Störung des öffentlichen Lebens gewesen. „Sie wollten Unruhe stiften, die Menschen wütend machen und Chaos erzeugen. Doch die Verantwortlichen ließen sich nicht verwirren, sie haben die Lage sofort in den Griff bekommen.“ Auch die Bevölkerung habe bewusst und klug gehandelt und jeden Missbrauch der Lage durch fremde Mächte vermieden. Betroffen von der Attacke waren laut dem Ölministerium Verkäufe von billigerem, rationiertem Benzin über Tankstellenkarten.

An den Tankstellen bildeten sich lange Autoschlangen. Unsicherheit und Wut machten sich breit. Eine Gruppe namens „Wilder Spatz“ meldete sich bei einigen Agenturen und übernahm die Verantwortung. Die Attacke fand wenige Tage vor dem zweiten Jahrestag der landesweiten Proteste gegen die Benzinpreiserhöhung statt. Damals wurden die Proteste brutal niedergeschlagen, es gab mehrere Hundert Tote.

In den sozialen Medien wurde an diese Ereignisse erinnert und die Parole „Chamenei wo bleibt unser Benzin“ im Netz verbreitet. Abolhassan Firusabadi, Generalsekretär des Hohen Rats des Virtuellen Raums, sagte in einem Interview mit dem staatlichen Fernsehen, die Attacke sei sehr groß gewesen. 4300 Tankstellen seien davon betroffen. Am 27. Oktober meldete die staatliche Nachrichtenagentur Irna, die Lage sei wieder normal. Die Ermittlungen gegen die Täter seien im Gange.

FÜNFZEHNTAUSEND GEBURTEN VON FRAUEN IM KINDESALTER

Offiziellen Statistiken zufolge gab es in den vergangenen zehn Jahren fünfzehntausend Geburten von Frauen im Kindesalter. Die betreffenden Frauen waren zur Zeit der Geburt jünger als vierzehn Jahre. Allerdings zeigen die Statistiken, dass die Zahl der Geburten von Jahr zu Jahr abgenommen haben. Im vergangenen Jahr lag die Zahl um 30 Prozent niedriger als im Jahr 2011.

Die meisten Geburten von minderjährigen Frauen wurden in den ärmsten Provinzen Sistan und Belutschistan registriert. Von hier stammen 30 Prozent aller Geburten von Müttern unter vierzehn Jahren.

Laut UNICEF sind junge Mädchen, die schwanger werden und Kinder gebären, ebenso wie ihre Kinder gesundheitlich mehr gefährdet als andere Mütter und Kinder. Zugleich seien minderjährige Mädchen, die heiraten, zumeist häuslicher Gewalt ausgesetzt, sie bekämen keine Schulausbildung und müssten oft in Armut leben.

Frauenrechtsaktivistinnen fordern seit Jahren ein Verbot der Eheschließung von Frauen unter 18 Jahren. Vor drei Jahren legten einige Frauen im Parlament eine Gesetzesvorlage vor, die die Eheschließung mit Frauen unter 13 Jahren verbieten und Eheschließungen mit Frauen zwischen 13 und 16 Jahren von einem Gerichtsurteil abhängig machen sollte. Doch selbst diese Vorlage wurde von der Mehrheit der Abgeordneten abgelehnt.

Iran gehört zu den wenigen Staaten, in denen die Eheschließung mit Frauen unter 15 Jahren erlaubt ist. Zwar müssen junge Mädchen mindestens 13 Jahre alt sein, um heiraten zu können. Doch auch jüngere Mädchen können mit Zustimmung ihres Vaters und des Familiengerichts heiraten. Den Statistiken zufolge haben in den vergangenen zehn Jahren

mehr als eine Million Mädchen unter 18 Jahren geheiratet. Unter ihnen wurden auch 54 kleine Mädchen unter zehn Jahren registriert.

Offiziellen Angaben zufolge haben in den vergangenen zehn Jahren 261 Mädchen mit zehn Jahren, 2205 Mädchen mit elf Jahren und 10.965 Mädchen mit zwölf Jahren geheiratet.

LANGJÄHRIGE HAFTSTRAFE FÜR DEN EHEMALIGEN DIREKTOR DER ZENTRALBANK

Der ehemalige Direktor der Zentralbank Waliollah Saif und sein Vize Ahmad Araghtschi wurden zu langjährigen Gefängnisstrafen verurteilt. Saif wurde mit zehn Jahren und Araghtschi mit acht Jahren Gefängnis bestraft.

Saif wurde vorgeworfen, auf dem Devisenmarkt Unruhe gestiftet und Unsicherheit verbreitet zu haben. Er habe Vorbereitungen getroffen, um illegal Devisen in Höhe von 159,8 Millionen US-Dollar und 20,5 Millionen Euro zu kaufen und zu verkaufen. Zudem wurde ihm Missmanagement und Verantwortungslosigkeit vorgeworfen.

Auch Araghtschi wurde beschuldigt, illegal Devisen verkauft zu haben. Araghtschi ist der Bruder von Abbad Araghtschi, dem ehemaligen Verhandlungsführer bei den Atomverhandlungen und Vizeaußenminister.

STREIK DER LEHRER/INNEN

Einige Lehrerverbände hatten für den 10. Oktober zum Streik aufgerufen. Dem Aufruf waren zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer gefolgt. In mehreren Städten gab es Demonstrationen. In der Stadt Schiras, in der am gleichen Tag Präsident Raisi zu Besuch gekommen war, hatten sich mehrere Tausend Lehrerinnen und Lehrer versammelt. „Wo sind Fernsehen und Rundfunk, wo bleibt unsere Stimme?“, skandierten sie.

Die Lehrerinnen und Lehrer fordern, dass ihre Gehälter auf 80 Prozent der Gehälter von Hochschullehrenden erhöht werden. Zudem verlangen sie, dass das Gesetz zur Einstufung der Lehrer/innen tatsächlich umgesetzt wird. Das Gesetz wurde vor zehn Jahren vom Parlament verabschiedet. Es sieht vor, dass die Gehälter der Lehrer/innen ihren Qualifizierungen entsprechend angepasst werden müssen. Doch dieses Gesetz wurde nie umgesetzt.

GEBURTENRATE SOLL GESTEIGERT WERDEN

Die iranische Regierung will mit finanziellen Anreizen junge Eheleute dazu bewegen, mehr Kinder zu zeugen. Laut der Abgeordneten Sohreh Elahian sollen Ehepaare für ihr erstes Kind 100 Millionen Rials (umgerechnet etwa 300 Euro), für das zweite Kind das Doppelte und für das dritte Kind gar das Dreifache erhalten. Die Eltern erhalten das Geld gleich nach der Geburt. Das Projekt soll der „Verjüngung der Bevölkerung“ dienen. Bereits zuvor hatte Präsident Raisi angekündigt, den Ehepaaren Wohnungen beschaffen zu wollen. „Die Jugendlichen brauchen nur zu heiraten, ich kümmere mich dann um ihre Unterkunft“, sagte er. Er plane den Bau von vier Millionen Wohnungen für junge Ehepaare.

Die Steigerung der Geburtenrate ist in Iran umstritten. In den vergangenen Jahrzehnten wurden immer wieder Versuche unternommen, die Bevölkerungszahl zu erhöhen. Revolutionsführer Ali Chamenei hatte als Ziel angegeben, die Erhöhung der Bevölkerungszahl auf hundert Millionen zu steigern. Doch angesichts der miserablen

Wirtschaftslage und der weit verbreiteten Armut im Land, lehnen viele Expert/innen Pläne zur Steigerung der Geburtenrate ab.

Der Sekretär des Zentrums für strategische Studien in Iran, Saleh Ghassemi, sagte, der Rückgang der Geburtenrate in Iran habe in den letzten Jahren einen neuen Rekord zu verzeichnen. Innerhalb der letzten fünf Jahre sei die Zahl der Neugeborenen um 550.000 zurückgegangen. Im Durchschnitt habe jede Frau 1,6 Kinder zur Welt gebracht. Anfang der 90er Jahre lag der Durchschnitt bei 6,5 Kindern.

Bereits vor einem Jahr hatte das Gesundheitsministerium vor einer Geburtenrate unter einem Prozent gewarnt. Sollte es so weitergehen, werde Iran in 30 Jahren zu den Ländern mit der höchsten Zahl an betagten Menschen gehören.

ZEHN SPIONE FESTGENOMMEN

Einer Meldung der staatlichen Nachrichtenagentur vom 12. Oktober zufolge wurden zehn Personen unter dem Vorwurf festgenommen, für einige Länder der Region spioniert zu haben. Die Festnahme habe in der Provinz Buschehr stattgefunden. Hier befindet sich der einzige Atomreaktor des Landes. Bei den Festgenommenen handelt es sich ausschließlich um iranische Staatsbürger. Weitere Angaben zu den Personen wurden nicht gemacht.

SECHSTE WELLE DER CORONA-EPIDEMIE

In Iran wird bereits vor einer sechsten Welle der Corona-Epidemie gewarnt. Das Hauptproblem beim Kampf gegen die Pandemie ist der Mangel an Impfstoffen. Der Regierung ist es bislang nicht gelungen, genügend Impfdosen bereitzustellen. Am 29. September erklärte das Gesundheitsministerium, der Import des Impfstoffs von Biontech/Pfizer werde gestoppt, obwohl es eine Woche zuvor erklärt hatte, der Impfstoff sei für die Impfung schwangerer Frauen bestellt worden. Vizeminister Aliresa Raisi hatte gesagt, der Import des Impfstoffs von Biontech/Pfizer sei nun genehmigt. 2,2 Millionen Dosen seien bestellt, ebenso wie fünf Millionen Dosen des Impfstoffs von Johnson & Johnson. Diese würden für die Impfung schwangerer Frauen sowie für das medizinische Personal verwendet.

Doch Anfang Oktober erklärte das Ministerium, gemäß der Empfehlung der Weltgesundheitsorganisation sei der beste Impfstoff der, der vorhanden sei, und angesichts dessen, dass jede Verzögerung schädlich sei, müssten schwangere Frauen den Impfstoff nehmen, der vorhanden sei. Sie sollten nicht auf einen anderen Impfstoff warten.

Seit Beginn der Epidemie wird in Iran über den Import von Impfstoffen, vor allem über Impfstoffe aus den USA, Großbritannien und Frankreich, kontrovers diskutiert. Revolutionsführer Ali Chamenei hatte den Import gerade aus den genannten Ländern untersagt. Doch je mehr sich die Epidemie verbreitete, je gefährlicher das Virus wurde, desto mehr wurde das Verbot in Frage gestellt. Man fragte sich, ob es gerechtfertigt sei, aus ideologischen und politischen Gründen so viele Opfer hinzunehmen. In den sozialen Netzwerken wird Chamenei wegen des Importverbots für die Opfer der Pandemie verantwortlich gemacht.

Laut dem Gesundheitsministerium waren am 16. Oktober innerhalb von 24 Stunden 181 Menschen an Corona gestorben. Zuvor hatte das Ministerium erklärt, schätzungsweise sei die tatsächliche Zahl doppelt so hoch. Die Zahl der Infizierten lag bei 7.515. Damit stieg die Gesamtzahl der Toten seit dem Ausbruch der Epidemie auf 123.876 und die der Infizierten auf 5,773 Millionen.

Am 17. Oktober warnte Masud Yunessian, Vorsitzender des Komitees für strategische Studien und Impfung des Gesundheitsministeriums, vor einer sechsten Welle der Epidemie. „Es scheint, dass der Prozess des Abklingens der Epidemie langsamer geworden oder gar zum Stillstand gekommen ist“, sagte er. „Wir befürchten, dass die sechste Welle beginnt, bevor die fünfte zu Ende gegangen ist, genauso wie die fünfte Welle begonnen hatte, bevor die vierte aufhörte. Das ist besorgniserregend. Sollte das geschehen, wird unser Gesundheitssystem, das bereits ermüdet ist, zusammenbrechen und die Zahl der Toten drastisch in die Höhe gehen.“

Die Gründe für die Zunahme der Infektionen seien der Trauermonat, die Feiertage und die Teilnahme an Trauerzeremonien, bei denen es Ansammlungen ohne Einhaltung der Vorschriften gegeben habe. Viele hätten zuvor vor diesen Ansammlungen vergeblich gewarnt, sagte Yunessian weiter.

Am 19. Oktober erklärte der neue Gesundheitsminister Bahram Einollahi, die sechste Welle werde ganz sicher im November kommen. Dabei sei die Impfung der Bevölkerung längst nicht ausreichend vorangeschritten. 75 Prozent der Bevölkerung seien einmal und nur 35 Prozent zweimal geimpft. Bis zu 80 Prozent sei es ein weiter Weg.

Am gleichen Tag sagte Ahmad Karimi, verantwortlich für die Produktion des Impfstoffs Fachra, der vom Verteidigungsministerium hergestellt wird, es sei beschlossen worden, die Produktion des Impfstoffs einzustellen, weil er von der Bevölkerung nicht angenommen worden sei. Die Zahl der freiwilligen Versuchspersonen sei zu gering gewesen. „Wir erwarteten 1000 bis 1500 Personen, doch nur 100 Personen haben sich gemeldet“, sagte Karimi. Er kritisierte auch die Regierung, weil sie den Impfstoff nicht vorfinanziert habe.

Trotz der ungünstigen Lage kündigte die Regierung an, einige Einschränkungen wieder aufzuheben und unter anderem den Schulbetrieb wiederaufzunehmen. Davor warnen Experten.

KULTUR

Präsidentenbesuch in Persepolis sorgt für Kritik und Unmut / Youssef Ishaghpour gestorben / Panahis „Schotterstraße“ als bester Film in London ausgezeichnet / Farhadis Film „Ghahreman“ (der Held) für den Oscar nominiert

PRÄSIDENTENBESUCH IN PERSEPOLIS SORGT FÜR KRITIK UND UNMUT

Zwei Monate nach seiner Amtsübernahme besuchte Präsident Ebrahim Raisi Persepolis, eine der Hauptstädte des antiken Perserreichs, in der die Achämeniden residierten. Sie gehört zum UNESCO-Welterbe und zum Stolz der Iranerinnen und Iraner.

Doch die islamischen Machthaber in Iran haben mit diesem kulturellen Erbe und insgesamt mit der Geschichte der vorislamischen Zeit große Probleme und möchten sie am liebsten ignorieren.

Raisi lobte bei seinem Besuch zwar „die Kunst der architektonischen Gestaltung“, die „bewundernswert“ sei. Doch zugleich sagte er, Persepolis sei auch ein Symbol für Gewaltherrschaft, eine Botschaft an Despoten, die sehen sollten, welches Schicksal sie zu erwarten hätten.

Ähnlich hatte sich Revolutionsführer Ali Chamenei bei der Besichtigung von Persepolis vor 31 Jahren geäußert. Damals war er Staatspräsident. Die Äußerung ist auf seiner Homepage zu lesen. „Ich habe bei der Besichtigung zwei Phänomene beobachtet. Einmal die Kunst und die Fähigkeit, ohne entwickelte Geräte, allein aus eigener Kraft, solche

Wunder hervorzubringen. Zum anderen die Gewaltherrschaft, die sich auch dieser Kunst bemächtigt hat, um ihre Autorität zu verstärken.“

Anders als für die beiden Präsidenten, gelten für die Menschen in Iran die Achämeniden-Könige, insbesondere Kyros der Große, als Inbegriff von Gerechtigkeit und Menschenwürde. Umso heftiger waren die Reaktionen auf Raisis Äußerung.

Der frühere Abgeordnete Bahram Parsai sagte, sollte Raisi keine Dokumente vorlegen können, aus denen Ungerechtigkeiten der damaligen Herrscher nachgewiesen werden könnten, müsste er sich beim iranischen Volk entschuldigen. „Die alte iranische Kultur, auf die wir stolz sein können, zeugt von Einhaltung der Menschenrechte und Gleichberechtigung von Frauen und Männern.“ Die Äußerungen Raisis seien beleidigend, er solle das Volk um Entschuldigung bitten, sagte er.

Der politische Aktivist Ebrahim Fayyas schrieb in der Zeitung Etemad: „Es scheint, dass der vergebliche Versuch, die historischen Kulturwerte in der iranischen Geschichte zu missdeuten und zu diskreditieren, abermals gestartet werden soll.“ Iran sei eine Mischung aus einer sehr reichen Kultur und einer religiösen Identität. „Begebt euch nicht auf einen Irrweg. Versucht nicht den Fehler der Pahlavis zu wiederholen. Die haben versucht, unsere islamische Identität zu leugnen, ihr versucht, unsere nationale Kultur zu leugnen. Wir brauchen beide Identitäten, die nationale Kultur, auf die wir stolz sein können, und den Glauben.“

Der Journalist Sahed schrieb, „Persepolis ist ein Symbol unserer kulturellen Stärke. Versucht nicht, das Denkmal zu ignorieren. Alexander (der Große) glaubte, indem er Persepolis in Brand stecken ließ, die iranische Kultur vernichten zu können. Es gelang ihm nicht, genauso wie es den Achämeniden-Königen nicht gelingen konnte, mit dem Brand von Athen die griechische Kultur zu zerstören.“

YOUSSEF ISHAGHPOUR GESTORBEN

Der iranisch-französische Schriftsteller, Essayist, Philosoph und Filmkritiker Youssef Ishaghpour ist am 17. Oktober im Alter von 81 Jahren in seiner Pariser Wohnung gestorben. Er lebte seit seinem 18. Lebensjahr in Paris, alle seine Werke sind in französischer Sprache erschienen.

Nach seinem Schulabschluss studierte er zunächst an der Filmakademie, danach studierte er Soziologie und Philosophie. Er verfasste mehr als 40 Bücher, in denen er sich vor allem mit der Filmkunst, Malerei, Philosophie und Literatur auseinandersetzte. Im Mittelpunkt seines Schaffens stand die Art und Weise der Gestaltung, sei es im Film, in der Malerei oder in der Literatur.

Sein umfangreichstes Werk handelt von dem Schaffen des US-amerikanischen Regisseurs und Schauspielers Orson Welles. Er hat 30 Jahre lang über Welles geforscht und das Ergebnis seiner Arbeit in drei Bänden auf mehr als 2000 Seiten vorgelegt. Neben seinen Büchern veröffentlichte Ishaghpour zahlreiche Essays über berühmte Maler, Schriftsteller und Philosophen. Bekannt sind seine Essays über Elias Canetti und Theodor W. Adorno.

Ishaghpour beschäftigte sich auch mit der iranischen Kunst und Literatur. Erschienen dazu sind unter anderem „Persische Miniatur“, „Am Grab von Sadegh Hedayat“ (Hedayat war der Wegbereiter der modernen Literatur Irans) und „Kiarostami, Vor- und Rückseite der Wahrheit“.

PANAHIS „SCHOTTERSTRAßE“ ALS BESTER FILM IN LONDON AUSGEZEICHNET

Der Film „Schotterstraße“ von Panah Panahi wurde auf dem Londoner Filmfestival als bester Film ausgezeichnet. „Schotterstraße“ ist der erste längere Film des jungen Regisseurs Panah Panahi. Er handelt von einer vierköpfigen Familie, die in einem Auto in den Nordwesten Irans fährt, um den ältesten Sohn ins Ausland zu schicken. Das Drehbuch ist ebenfalls ein Werk des Regisseurs.

Panah Panahi ist der Sohn des weltbekannten Filmregisseurs Dschafar Panahi. Er arbeitete eine Zeit lang mit seinem Vater zusammen. Auf dem Festival in London, das vom 6. bis 17. Oktober stattfand, wurden 159 Filme gezeigt.

FARHADIS FILM „GHAHREMAN“ (DER HELD) FÜR DEN OSCAR NOMINIERT

Die angeblich regierungsunabhängige Stiftung Farabi, die unter anderem für die Nominierungen von Filmen für Filmfestivals zuständig ist, hat den Film „Ghahreman“ (Der Held) von Asghar Farhadi für den Oscar nominiert. Wie der Sprecher der Stiftung der Agentur Isna mitteilte, standen drei Filme zur Auswahl. Die Mehrheit habe sich für „Ghahreman“ entschieden.

Der neueste Film von Farhadi wurde bereits vor drei Monaten beim Filmfestival in Cannes ausgezeichnet.

Der fünfzigjährige Farhadi ist der einzige iranische Filmemacher, der mit seinen Filmen „Nader und Simin – Eine Trennung“ und „The Salesman“ zweimal den Oscar gewonnen hat. Ghahreman ist sein vierter Film, der für den Oscar nominiert wird.

Der Film handelt von einem Mann namens Rahim, der sich im Gefängnis befindet, weil er nicht in der Lage war, seine Schulden zu begleichen. Er versucht während seines zweitägigen Urlaubs vergeblich, mit dem Gläubiger eine Vereinbarung zu treffen, um aus dem Gefängnis herauszukommen. So plant er mit seiner Freundin einen anderen Ausweg, um seine Schulden zurückzahlen zu können. Es ist ein krummer Ausweg. Trotzdem wird er am Ende als Held gefeiert. Es sind Fragen wie: Wer ist ein Held? Was ist Heldentum?, die der Film zur Debatte stellt.

Farhadi kehrte nach mehrjähriger Arbeit im Ausland wieder nach Iran zurück. „Ghahreman“ ist der erste Film, den er wieder in Iran, in der Stadt Schiras, gedreht hat. Der Film dauert zwei Stunden und sieben Minuten.

Eigentlich müssen die für den Oscar nominierten Filme von Filmemachern vorgeschlagen werden. Die Stiftung Farabi ist zwar offiziell regierungsunabhängig, arbeitet jedoch mit dem Ministerium für Kultur und Islamische Führung Hand in Hand. Daher haben gesellschaftskritische und politische Filme, die in Iran produziert werden, so gut wie keine Chance, nominiert zu werden.

Farhadi wird vorgeworfen, dass er als international bekannter Filmemacher nie zu politischen Ereignissen in seiner Heimat Stellung genommen hat. Er sagte dazu einmal, er könne keine Traktate verfassen. Er versuche mit seinen Filmen gegen Ungerechtigkeit und Ignoranz vorzugehen.

WIRTSCHAFT

Iran ist vom wirtschaftlichen Ruin bedroht / Stromausfälle häufen sich / Lebensmittelpreise erreichen Rekordwerte / Mehr als sieben Milliarden Dollar für den Kauf von Immobilien in der Türkei ausgegeben / Südkorea zur Freigabe iranischer Guthaben aufgefordert / Immer noch keine Lösung im Atomkonflikt

IRAN IST VOM WIRTSCHAFTLICHEN RUIN BEDROHT

Die Organisation für Planwirtschaft und Haushalt hat in einer am 16. Oktober vorgelegten Studie vor einem bevorstehenden Ruin der Wirtschaft gewarnt. Sollten nicht bald „tiefgreifende Reformen der kranken Wirtschaft“ vorgenommen werden, werde der iranische Staat in absehbarer Zeit vollkommen pleite sein, schreiben die Autoren der Studie. Sollten die Sanktionen gegen das Land fortauern, werde der Staat bereits 2024 am Rand des Abgrunds stehen.

Revolutionsführer Ali Chamenei betont immer wieder, die Menschen im Land sollten den Druck ertragen und die „Widerstandswirtschaft“ unterstützen, damit eine autonome und von Fremden unabhängige Wirtschaft entsteht. Doch ungeachtet dieser Parole verzeichnet die Wirtschaft seit Jahren eine negative Entwicklung. Die steigende Inflationsrate, die Zunahme der Arbeitslosigkeit und nicht zuletzt Misswirtschaft und die weit verbreitete Korruption verhindern jede gesunde Entwicklung.

Die Studie der Planorganisation kommt zu dem Ergebnis, dass selbst die Aufhebung aller Sanktionen die Wirtschaft nicht vor dem Ruin retten werde. Nur grundlegende Reformen könnten eine gesunde Entwicklung ermöglichen.

Rund 20 Prozent des Haushalts sind für militärische Ausgaben bestimmt. Zudem sind militärische Einrichtungen, allen voran die Revolutionsgarden, wirtschaftlich aktiv, doch sie zahlen keine Steuern, genauso wie die religiösen Stiftungen, die große Teile der iranischen Wirtschaft beherrschen. Sie bilden auch die eigentlichen Quellen der Korruption, die sich inzwischen auf alle Institutionen des Landes und in sämtlichen Bereichen ausgebreitet hat. Ohne Bestechung kommt man in Iran nicht weiter. Solange diese Verkehrsformen existieren, kann es keine gesunde Wirtschaft geben.

STROMAUSFÄLLE HÄUFEN SICH

Laut einem Bericht der AFP vom 10. Oktober wird es im Winter wegen des illegalen Schürfens von Kryptowährung Stromausfälle geben. Den Angaben des staatlichen Energieversorgers zufolge war das illegale „Mining“ für 20 Prozent der Stromausfälle im Sommer verantwortlich. Nach Einschätzung der Behörde werden es im Winter mindestens zehn Prozent sein.

Iran gehörte zu den ersten Ländern, die 2018 das Schürfen von Bitcoins und anderen Kryptowährungen legalisierten, schreibt die Agentur. Die häufigen Stromausfälle veranlassten das Energieministerium, das Schürfen vorübergehend zu verbieten. Doch das Verbot wurde im September wieder aufgehoben.

Illegale Schürfer verbrauchten den Angaben der Behörden zufolge sechs bis sieben Mal mehr Strom als jene, die eine Genehmigung besaßen. „Beim Abbauen von Kryptowährung werden zahlreiche Computer zur Lösung komplexer mathematischer Gleichungen eingesetzt“, schreibt die Agentur. „Dieser Vorgang verbraucht Unmengen an Strom. In Iran werden laut einem Bericht jährlich rund 19.500 Bitcoins geschürft. Weltweit sind es 324.000 pro Jahr.“

LEBENSMITTELPREISE ERREICHEN REKORDWERTE

In Iran ist die Inflationsrate auf 45 Prozent angestiegen. Viele Lebensmittel und Konsumgüter sind inzwischen für die Mehrheit der Bevölkerung kaum noch bezahlbar. Die Menschen sind gezwungen, sich auf das Allernötigste einzuschränken. Viele müssen auf Konsum von Fleisch und Milchprodukten verzichten. Die iranische Währung hat erheblich an Wert verloren. Derzeit muss man für einen US-Dollar 270.000 Rial hinlegen, 2015, als das Atomabkommen abgeschlossen wurde, lag der Wert des Dollars bei 32.000 Rial. Für die andauernde Wirtschaftskrise gibt es mehrere Gründe. Ein wichtiger Grund ist der drastische Rückgang der Inlandsproduktion, die von 2017 bis 2020 um sechzig Prozent gesunken ist. Nicht weniger wichtig sind die harten Sanktionen. Auch die Corona-Epidemie hat die Wirtschaft schwer belastet. Missmanagement und nicht zuletzt die Korruption bilden die Ursachen für die entstandene Misere.

MEHR ALS SIEBEN MILLIARDEN DOLLAR FÜR DEN KAUF VON IMMOBILIEN IN DER TÜRKEI AUSGEGEBEN

Die neuesten offiziellen Statistiken, die die Türkei im August dieses Jahres veröffentlichte, zeigen, dass Iraner/innen mit dem Kauf von 911 Immobilien unter allen Ausländern, die in der Türkei Wohnungen oder Häuser gekauft haben, an erster Stelle stehen.

Modschtaba Yusefi, Mitglied des Präsidiums des Teheraner Parlaments, sprach von mehr als sieben Milliarden Dollar Devisen, die von 2018 bis 2020 von Iraner/innen in der Türkei zum Kauf von Immobilien ausgegeben worden sind. „Damit haben sie die Türkei vor einem wirtschaftlichen Ruin bewahrt“, sagte er. „Nach der Rolle, die Iran zur Rettung Erdogans beim Putsch gegen ihn gespielt hat, haben die Iraner die Türkei vor einem Ruin gerettet“, twitterte der Abgeordnete.

Seit einigen Jahren bilden Iraner/innen die größte Gruppe von Ausländern, die in der Türkei Immobilien kaufen, gefolgt von Iraker/innen mit 900 und Russ/innen mit 451 Häusern oder Wohnungen.

Die Türkei hatte vor zwei Jahren die Gesetze zur Einbürgerung erleichtert, um mehr fremdes Kapital ins Land holen zu können. Während man zuvor eine Immobilie im Wert von mindestens einer Million Dollar kaufen musste, um die Einbürgerung zu bekommen, wurde die Mindestsumme auf 250.000 Dollar reduziert. Diese Reduzierung fand zu einer Zeit statt, in der in Iran die Inflationsrate rasch anstieg und Immobilien immer teurer wurden. Damit zogen viele Iraner/innen vor, ihr Geld in der Türkei zu investieren. Einen ähnlichen Versuch wie den der Türkei unternahm auch Iran, um Devisen ins Land zu bekommen. Demnach können Ausländer eine fünfjährige Aufenthaltsgenehmigung erhalten, wenn sie mindestens eine Summe von 250.000 Dollar langfristig auf ein Sparkonto anlegen. Doch von diesem Angebot machte bislang kein Einziger Gebrauch.

SÜDKOREA ZUR FREIGABE IRANISCHER GUTHABEN AUFGEFORDERT

Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian hat in einem Telefongespräch seine südkoreanische Amtskollegin Kang Kyung-wha aufgefordert, dafür zu sorgen, dass iranische Guthaben, die auf koreanischen Banken festgesetzt seien, freigegeben werden. Es handelt sich um 7 Milliarden Dollar, die aufgrund bestehender Sanktionen gegen Iran eingefroren wurden.

Die Beziehungen zwischen Teheran und Seoul sind wegen der Ereignisse der jüngsten Zeit recht getrübt. Das Verbot des Imports von Haushaltsgeräten aus Südkorea auf Anordnung des Revolutionsführers Ali Chamenei, das Ende der Aktivitäten der beiden Unternehmen LG und Samsung in Iran und die Festsetzung eines südkoreanischen

Tankers unter dem Vorwand der Umweltverschmutzung haben zu Konflikten zwischen den beiden Staaten geführt.

Südkorea unterstütze mit dem Einfrieren iranischer Guthaben die amerikanischen Sanktionen, kritisierte Abdollahian und forderte die Regierung in Seoul auf, die Gelder freizugeben, damit Iran dafür Medikamente und andere Waren kaufen kann. Die Ministerin versicherte, ihre Regierung habe sich bemüht, Iran zu helfen und das Land, vor allem beim Kauf von Medikamenten, zu unterstützen.

IMMER NOCH KEINE LÖSUNG IM ATOMKONFLIKT

Während die USA und die EU Iran zur Rückkehr zu den Atomverhandlungen drängen, zögert Teheran immer noch, der Aufforderung nachzukommen. Anfang Oktober forderte Teheran die USA auf, guten Willen zu zeigen und einen Teil der eingefrorenen iranischen Gelder freizugeben. „Falls die Amerikaner es wirklich ernst meinen, sollten sie (vor der Wiederaufnahme der Verhandlungen) 10 Milliarden Dollar der iranischen Gelder aus den gesperrten ausländischen Bankkonten wieder freigeben“, sagte Außenminister Hossein Amir-Abdollahian. Iran sei zur Aufnahme der Verhandlungen bereit, aber nur dann, wenn diese zielorientiert geführt würden, also „nicht nur zum Kaffeetrinken“. „Das Atomabkommen bringt uns nichts, wenn wir nicht einmal Zugang zu unserem Geld haben.“ US-Präsident Joe Biden könne nun in der Praxis beweisen, dass er anders sei als sein Vorgänger Donald Trump.

Die Verhandlungen, die in Wien geführt wurden, wurden im April wegen der Wahlen in Iran und der Bildung der neuen Regierung ausgesetzt. Doch seitdem ist Iran dabei, sein Atomprogramm ungeachtet des Abkommens von 2015 weiterzuentwickeln. Das genau bereitet vor allem den USA und der EU, aber auch Israel, große Sorgen. Es besteht die Befürchtung, dass Iran dem Bau von Nuklearwaffen immer näherkommt. Teheran hat inzwischen die Urananreicherung auf 40 Prozent erhöht und moderne Zentrifugen eingesetzt. Am 4. Oktober sagte Vizepräsident und Atomchef Mohammad Eslami, der Schwerwasserreaktor in Arak müsse unverzüglich fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Das ist ein weiterer Verstoß gegen das Atomabkommen.

Die Bundesregierung hat die neue Forderung Teherans zurückgewiesen. „Wir fordern Iran auf, die Gespräche so bald wie möglich wiederaufzunehmen und ein konkretes Datum zu nennen“, sagte ein Sprecher des Auswärtigen Amtes am 4. Oktober. Bundeskanzlerin Angela Merkel sprach bei ihrem Treffen mit dem israelischen Ministerpräsidenten Naftali Bennett am 10. Oktober in Jerusalem von einer „schwierigen Situation“, in der sich die Verhandlungen mit Iran befinden. „Uns stehen sehr, sehr entscheidende Wochen bevor“, sagte sie. Sie forderte China und Russland auf, Druck auf Iran auszuüben. „Ich habe das JCPOA (das Atomabkommen mit Iran) nie für ideal gehalten, aber für besser als gar keine Abmachung zu haben“, sagte die Kanzlerin.

Iran gab am 10. Oktober bekannt, mehr als 120 Kilogramm Uran auf 20 Prozent angereichert zu haben. Dies sei notwendig gewesen, weil, anders als im Abkommen vorgesehen, die anderen Partner das auf 20 Prozent angereicherte Uran nicht geliefert hätten, sagte der Chef des iranischen Atomprogramms Mohammad Eslami im staatlichen Fernsehen.

Am 11. Oktober verlangte Teheran von den europäischen Partnern, zu garantieren, dass „das Abkommen dieses Mal von keiner Partei verletzt werden wird“. Außenamtssprecher Said Chatibsadeh warf den EU-Staaten vor, bislang „passive Beobachter“ gewesen zu sein und dadurch den USA den Ausstieg aus dem Abkommen ermöglicht zu haben. Sie wüssten sehr wohl, dass US-Präsident „Trump ohne die Tatenlosigkeit Europas es nicht gewagt hätte, sich aus all den Vereinbarungen zurückzuziehen oder die Nuklearvereinbarung zu verletzen“.

Am 14. Oktober traf der Vize-Außenbeauftragte der EU, Enrique Mora, zu Gesprächen in Teheran ein. Dort traf er Vize-Außenminister Bagheri Kani, der künftig die iranische Delegation bei den Atomverhandlungen leiten soll. Kani teilte Mora Irans Wunsch mit, zunächst mit der EU in Brüssel zu verhandeln. Am 17. Oktober kündigte der Abgeordnete Ahmad Aliresa Beygi nach einem Gespräch mit Amir-Abdollahian an, Iran werde in wenigen Tagen die Verhandlungen mit der EU in Brüssel fortsetzen, was in den USA Widerspruch erzeugte. Außenamtssprecher Ned Price sagte am 18. Oktober, Atomgespräche zwischen Iran und der EU seien „überflüssig“. Am selben Tag erklärte eine Sprecherin des EU-Außenbeauftragten Josep Borrell, ein Gesprächstermin mit Teheran sei nicht vereinbart. Es sei auch nicht klar, „ob und wann ein Gespräch stattfinden wird“.

Am 20. Oktober sagte US-Außenminister Antony Blinken am Rande der Wirtschaftsverhandlungen mit der EU: „Der Ball befindet sich auf iranischer Seite, aber nicht mehr lange.“ Er fügte hinzu: „Das Problem, mit dem wir jetzt konfrontiert sind und in Zukunft sein werden, besteht darin, dass Iran mit der Weiterentwicklung seines Atomprogramms gegen das Abkommen verstößt – Einsatz von moderneren Zentrifugen, Urananreicherung auf 20, ja sogar 40 Prozent. Damit wird eine Rückkehr zum bestehenden Abkommen nicht ausreichen, um die vorgesehenen Vorteile eines Abkommens zu sichern.“ Blinken hatte zuvor bereits gesagt, dass eine Weiterentwicklung des iranischen Atomprogramms das Problem „unlösbar“ machen werde. Präsident Raisi konterte, wenn die USA es mit den Verhandlungen ernst meinten, sollten sie zunächst die Sanktionen gegen Iran aufheben. „Aufhebung ist ein Zeichen der Ernsthaftigkeit.“

Indes beklagte sich der Chef der Internationalen Atombehörde (IAEA) Rafael Grossi über mangelnde Kooperation der iranischen Behörden. Trotz getroffener Vereinbarungen werde den Inspektur/innen der IAEA kein Zugang zu dem Werk in Karadsch erlaubt, in dem Zentrifugen hergestellt würden. „Wir haben auch mit Teheran ein Gespräch auf höchster Ebene vereinbart, das leider noch nicht zustande gekommen ist“, sagte er am 19. Oktober während eines Besuchs in Washington. Bei einem Treffen von US-Senator/innen mit Grossi forderte der republikanische Senator Jim Risch, mehr Druck auf Iran auszuüben. Joe Biden müsse endlich einsehen, dass Iran an keinem Abkommen interessiert sei, das die Interessen der Vereinigten Staaten sichern würde. Der Druck auf Teheran müsse so lange verschärft und fortgesetzt werden, bis Teheran bereit sei, alle Informationen über sein Atomprogramm offen zu legen und der IAEA Zugang zu allen Anlagen gewähre. Am 28. Oktober kündigte der iranische Chefunterhändler nach Gesprächen mit EU-Vertreter/innen in Brüssel an, Ende November für die Wiederaufnahme der Atomgespräche in Wien bereit zu sein. Den genauen Termin werde er bald bekanntgeben, twitterte er.

AUSSENPOLITIK

Israel droht, Iran militärisch anzugreifen / Iran wirft Bahrain vor, Wegbereiter der „zerstörerischen Präsenz Israels“ in der Region zu sein / Konflikt zwischen Iran und Aserbaidschan / Ausbau der Beziehungen zu Russland / Dialog zwischen Teheran und Riad wird fortgesetzt / Kooperationsabkommen zwischen Iran und Venezuela / Keine Verknüpfung der Atomgespräche mit Gefangenenaustausch / Afghanische Flüchtlinge werden abgewiesen / Ein weiteres Jahr Gefängnis für Zaghari bestätigt / Demonstrierende fordern die schottische Polizei auf, Raisi zu verhaften

ISRAEL DROHT, IRAN MILITÄRISCH ANZUGREIFEN

Einem Bericht des persischsprachigen Programms der BBC vom 21. Oktober zufolge hat der israelische Finanzminister Avigdor Lieberman erklärt, ein Angriff auf Iran sei nur eine Frage der Zeit. „Diese Zeit wird nicht lang sein.“ Kein Abkommen und keine diplomatischen

Verhandlungen würden in der Lage sein, die Entwicklung des iranischen Atomprogramms aufzuhalten. Der Konflikt mit Iran sei größer als andere Konflikte Israels. „Denn sie (Iran) haben erklärt, dass das Ziel ihrer Politik die Vernichtung Israels ist. Und das ist das, was sie auch tatsächlich meinen“, sagte der Minister. Er hatte zuvor im Parlament eine Aufstockung des Militärbudgets gefordert. Diese Aufstockung sei notwendig „zur Vorbereitung eines möglichen Angriffs auf Iran“.

Auch Israels Außenminister Jair Lapid sagte laut dpa vom 13. Oktober bei einem Treffen mit seinen Amtskollegen aus den USA und den Vereinigten Arabischen Emiraten, Antony Blinken und Abdullah Bin Said in Washington: „Wir wissen, dass es Momente gibt, in denen Nationen Gewalt anwenden müssen, um die Welt vor dem Bösen zu schützen. Wenn ein Terrorregime im Begriff ist, sich eine Atomwaffe zu beschaffen, müssen wir handeln und deutlich machen, dass die zivilisierte Welt dies nicht zulassen wird.“ Israel behalte sich das Recht vor, zu jedem Zeitpunkt und auf jede Weise zu handeln. „Das ist nicht nur unser Recht, es ist auch unsere Verantwortung“, zitierte dpa den Minister.

Auch Blinken erklärte, sollte Iran nicht wieder zum Atomprogramm zurückkehren und seine Pflichten wahrnehmen, müsse man „andere Optionen“ als Diplomatie, einen „Plan B“, in Erwägung ziehen. Zugleich sagte er: „Wir glauben nach wie vor, dass die Diplomatie der wirksamste Weg ist. Aber Diplomatie braucht zwei Seiten.“ Derzeit habe er nicht den Eindruck, dass Iran eine diplomatische Lösung anstrebe.

Laut dem israelischen Fernsehsender Kanal 12 hat die Regierung in Tel Aviv 1,5 Milliarden Dollar zur Stärkung des militärischen Potentials des Landes eingesetzt, um iranische Atomanlagen angreifen zu können. Das Geld soll für Kampfflugzeuge, Sammlung von Informationen, Satelliten und Spezialwaffen verwendet werden.

Die dpa zitierte am 17. Oktober einen ranghohen israelischen Sicherheitsvertreter mit den Worten: „Die Iraner sind heute näher denn je daran, spaltbares Material für Nuklearwaffen zu produzieren, was erhebliche Auswirkungen auf die Sicherheit des Staates Israel“ haben werde. „Israel hat kein Interesse an einem Krieg mit Iran, aber wir werden es ihm nicht erlauben, Atomwaffen zu bekommen.“ Angesichts der raschen Entwicklung des iranischen Atomprogramms bereite sich Israel auf alle Optionen vor, einschließlich einer militärischen, sagte der Ungenannte laut dpa. Er verwies auch auf die Aktivitäten Irans in Israels Nachbarländern. Dabei gehe es auch um den vermehrten Einsatz von Drohnen. „Israel wird seine Kampagne in dieser Grauzone so lange fortsetzen, wie es für den Schutz der israelischen Bürger notwendig ist“, sagte er.

Israel hat noch nie die Existenz von Atomwaffen im eigenen Land bestätigt. Dem jüngsten Bericht des Stockholmer Friedensforschungsinstituts SIPRI zufolge besaß Israel im Januar 2021 rund 90 Atomsprengeköpfe.

Iran beteuert immer wieder, dass sein Atomprogramm ausschließlich friedlichen Zwecken diene und das Land den Bau und Einsatz von Nuklearwaffen schon aus religiösen Gründen ablehne.

Israel führt seit geraumer Zeit Anschläge gegen iranische Einrichtungen und auch gegen iranische Atomwissenschaftler durch. Darüber hat sich Irans Vertreter bei der UNO beschwert. „In den letzten Monaten haben die provokativen Aktivitäten und die Drohungen Israels ein bedrohliches Ausmaß erreicht“, schrieb Madschid Tachtrawantschi in einem Brief an den Vorsitzenden des UN-Sicherheitsrats. Die jüngsten Äußerungen israelischer Politiker und Militärs ließen keinen Zweifel daran, dass das Regime in Tel Aviv für die Terroranschläge gegen das friedliche Atomprogramm Irans verantwortlich sei.

IRAN WIRFT BAHRAIN VOR, WEGBEREITER DER „ZERSTÖRERISCHEN PRÄSENZ ISRAELS“ IN DER REGION ZU SEIN

Das Teheraner Außenministerium protestierte gegen den Besuch des israelischen Außenministers in Bahrain. Die „zerstörerische Präsenz Israels“ führe zu größerer Unsicherheit in der Region, sagte der Sprecher des Ministeriums Said Chatibsadeh. Der Empfang des israelischen Außenministers sei ein Zeichen der „Erniedrigung der Führung Bahrains“. Die Menschen in Bahrain lehnten den Besuch ab.

Der israelische Außenminister Jair Lapid war am 30. September zur Eröffnung der israelischen Botschaft nach Bahrain gereist. Es war der erste offizielle Besuch eines israelischen Regierungsmitglieds in Bahrain. Demonstranten zündeten aus Protest gegen den Besuch Autoreifen an.

In den vergangenen Monaten haben neben Bahrain auch die Arabischen Emirate, Marokko und Sudan diplomatische Beziehungen zu Israel aufgenommen. Die beiden arabischen Staaten Ägypten und Jordanien hatten bereits vor Jahrzehnten zu Israel diplomatische Beziehungen aufgenommen. Auch in der Autonomen Region des irakischen Kurdistan wurde der Wunsch nach Herstellung der Beziehungen zu Israel geäußert. Doch die Regierung in Bagdad reagierte mit scharfer Ablehnung. Einige Kurd/innen wurden deswegen in Haft genommen. Irans Revolutionsführer Ali Chamenei warf der Führung in Bahrain Verrat vor.

KONFLIKT ZWISCHEN IRAN UND ASERBAIDSCHAN

Die Präsenz Israels in Aserbaidschan hat Iran dazu bewogen, Anfang Oktober in den Grenzgebieten zu dem Nachbarland ein Manöver zu veranstalten. „Iran wird die Präsenz und Aktivitäten Israels an seinen Grenzen nicht tolerieren und alles Notwendige unternehmen, um die eigene nationale Sicherheit zu schützen“, erklärte Außenminister Hossein Amir-Abdollahian am 1. Oktober.

Das Manöver rief in Baku Kritik hervor. Aufnahmen, die in den Medien veröffentlicht wurden, zeigten schwer bewaffnete Militäreinheiten in dem Grenzgebiet zu Aserbaidschan und in der Exklave Nachitschewan. Präsident Ilham Alijew warf Iran vor, das Manöver zum falschen Zeitpunkt und am falschen Ort veranstaltet zu haben. „Jedes Land hat zwar das Recht, auf eigenem Staatsgebiet Manöver zu veranstalten, aber warum gerade jetzt und warum an diesem Ort?“, sagte er. „Warum fanden solche Manöver nicht statt, als Armenien auf aserbaidsschanisches Gebiet vorgedrungen war, sondern jetzt, wo wir nach 30 Jahren diese Gebiete befreit haben?“

Mohammad Pakpur, Oberbefehlshaber der Bodentruppen der Revolutionsgarden, reagierte auf Alijews Kritik mit den Worten: „Unser Nachbarstaat weiß am besten, warum wir hier und jetzt das Manöver veranstalten.“ Der wichtigste Grund sei, „Änderungen der Grenzen in unseren Nachbarstaaten zu verhindern“. Dies sei für die Islamische Republik von strategischer Bedeutung. „Wir betrachten jede geopolitische Veränderung in der Region als Bedrohung unserer inneren Sicherheit. Das haben wir immer als unsere rote Linie bezeichnet. Daher ist es selbstverständlich, dass wir nicht gleichgültig darauf reagieren.“

Nach dem Krieg um Karabach im vergangenen Jahr und dem Feuerstillstand zwischen Aserbaidschan und Armenien hat Aserbaidschan seine Truppen in den Grenzgebieten verstärkt. Die Hauptverbindungsstraßen zwischen Iran und Armenien stehen nun teilweise unter der Kontrolle Aserbaidschans.

Im Grunde geht es bei dem Konflikt in erster Linie um die Präsenz Israels in Aserbaidschan. Das sagte auch Hassan Amoli, Freitagsprediger der Stadt Ardebil. „Das

Manöver ist eine Reaktion auf die Präsenz Israels“, erklärte er. Aserbaidshans pflegt enge und freundschaftliche Beziehungen zu Israel. Israel gehört zu den wichtigsten Ölimporteuren aus Aserbaidshans. Demgegenüber importiert Aserbaidshans Waffen aus Israel.

Ein weiteres Problem zwischen Iran und Aserbaidshans besteht darin, dass einige politische Gruppen den Anschluss des iranischen Aserbaidshans an die Republik Aserbaidshans fordern.

Am 2. Oktober kam der armenische Außenminister Ararat Mirsojan zum Besuch nach Teheran. Er traf seinen iranischen Amtskollegen Amir-Abdollahian, der erklärte: „Wir rufen mit lauter Stimme, wir werden fremden Einmischern nicht erlauben, unsere Beziehungen zu unseren Nachbarn wie Armenien zu zerstören.“ Am nächsten Tag erklärte Armeniens Ministerpräsident, die Beziehung seines Landes zu Iran sei „sehr wichtig“. Sein Land hätte sich nie an Verschwörungen gegen Iran beteiligt. Iran gehöre zu den „besten Freunden“ Armeniens, betonte er.

Am 4. Oktober erklärte die Sprecherin des Außenministeriums der Republik Aserbaidshans, es gebe absolut keine fremden Truppen in den Grenzgebieten zu Iran. Am 5. Oktober begann ein gemeinsames Militärmanöver Aserbaidshans und der Türkei unter dem Titel „unzerstörbare Bruderschaft“ im Gebiet von Nachitschewan, das an Iran grenzt. Auch Pakistan nahm an dem Manöver teil.

Nicht nur Israel, sondern auch die Türkei gewinnt in dem Gebiet immer mehr an Einfluss. Iran behauptet, dass nun auch terroristische Organisationen, die in Syrien auf Seiten der Türkei gegen das Assad-Regime kämpfen, zum Teil nach Aserbaidshans gebracht worden seien, was die Regierung in Baku bestreitet. Die Lage in dem Gebiet ist zunehmend unübersichtlich und unsicher geworden. Eine Eskalation bis hin zu einer bewaffneten Auseinandersetzung ist nicht ausgeschlossen.

Ein kleiner Vorfall veranlasste die Außenminister Irans und Aserbaidshans zu einem Telefongespräch am 13. Oktober. Zwei iranische Transporter waren, von Armenien kommend, an der Grenze zu Aserbaidshans wegen illegalen Einreiseversuchs festgenommen worden. Bei dem Gespräch sagte Irans Außenminister den Medien zufolge, Iran erwarte, dass die Transitwege für iranische Fahrzeuge frei bleiben. Dann fügte er hinzu: „Iran und die Republik Aserbaidshans haben Feinde. Beide Staaten sollten nicht zulassen, dass ihre Beziehungen durch diese Feinde beeinträchtigt werden. Wir müssen unsere Probleme unter uns klären.“ Aserbaidshans Außenminister versprach, sich für die Freilassung der Lastwagenfahrer einzusetzen.

Die beiden Fahrer wurden am 21. Oktober freigelassen. Das aserbaidshansische Zollamt teilte auf seiner Website mit: „Angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Republik Aserbaidshans und der Islamischen Republik Iran wurden zwei iranische Lastwagenfahrer entlassen.“

Irans Revolutionsführer Ali Chamenei sagte zu den Vorgängen an der nördlichen Grenze des Landes: „Die Staaten, die die Illusion haben, sich an andere Staaten anlehnen zu können, sollten gewarnt sein. Sie werden früher oder später dafür Ohrfeigen bekommen.“ Er nannte kein bestimmtes Land. „Unsere Streitkräfte handeln im Nordosten des Landes mit Vernunft; mit Macht, aber mit Vernunft. Auch andere Länder sollten mit Vernunft handeln und Konflikte vermeiden. Jene, die für ihre Brüder Gruben schaufeln, werden selbst bald in die Grube fallen.“

AUSBAU DER BEZIEHUNGEN ZU RUSSLAND

Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian gab nach seinem Treffen mit dem russischen Außenminister Sergej Lawrow in Moskau am 7. Oktober bekannt, Teheran werde demnächst ein Dokument zur strategischen Zusammenarbeit mit Russland unterzeichnen. Vor einer Versammlung der Mitarbeiter der iranischen Botschaft in Moskau sagte er: „Die Botschaft, die ich für Präsident Putin und die Verantwortlichen in Moskau mitgebracht habe, ist, dass die neue Regierung in Iran dazu bereit ist, in den Beziehungen zu Russland einen ernsten und spürbaren Sprung zu vollziehen.“

Der Besuch Abdollahians war auf Einladung Lawrows erfolgt. Auch die iranische Botschaft in Moskau erklärte: „Angesichts der jüngsten Ereignisse in der Region Kaukasus und in Afghanistan wird diesem Besuch große Bedeutung beigemessen.“ Die Erfahrung habe gezeigt, dass der Austausch und die Kooperation zwischen Teheran und Moskau für die Sicherheit und Stabilität der Region hilfreich seien. Der Besuch erfolge auch im Rahmen der strategischen Wendung Irans zum Osten und unterstreiche den Willen der beiden Staaten, ihre bilateralen Beziehungen auszubauen.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Teheran und Moskau wurden in den letzten Jahren intensiviert. Dazu gehört auch ein Abkommen über den Austausch geheimer Informationen. Der frühere Außenminister Mohammad Dschawad Sarif ist während seiner Amtszeit mehr als 30 Mal in Moskau gewesen.

Indes gab der Chef der iranischen Atombehörde, Mohammad Eslami, bekannt, er habe bei seinem ersten offiziellen Besuch in Moskau gemeinsam mit dem Generaldirektor der Föderalen Agentur für Atomenergie Russlands (Rosatom), Alexej Lichatschow, über die Beschleunigung des Baus von zwei Atomreaktoren in Iran Vereinbarungen getroffen.

DIALOG ZWISCHEN TEHERAN UND RIAD WIRD FORTGESETZT

Anfang Oktober bestätigte der saudische Außenminister Prinz Faisal, dass die im April dieses Jahres aufgenommenen Gespräche zwischen den rivalisierenden Regionalmächten Iran und Saudi-Arabien auch nach dem Regierungswechsel in Teheran fortgesetzt worden seien. Die vierte Gesprächsrunde habe am 21. September stattgefunden, sagte Faisal bei einer Pressekonferenz mit dem EU-Außenbeauftragten Josep Borrell am 3. Oktober in Riad.

Zwischen den beiden Staaten bestehen seit 2016 keine diplomatischen Beziehungen. Sie waren abgebrochen worden, nachdem Demonstrierende in Iran auf die Hinrichtung eines schiitischen Geistlichen in Saudi-Arabien hin die saudische Botschaft in Teheran sowie das saudische Konsulat in Maschad gestürmt hatten. Dieser Vorfall verschärfte die Konflikte zwischen den beiden Staaten und führte zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Der im April begonnene Dialog war durch Vermittlung der irakischen Regierung zustande gekommen.

Bei einem Treffen mit dem amerikanischen Außenminister Antony Blinken am 15. Oktober in Washington bezeichnete Faisal die Gespräche mit Iran als „freundlich“. In einem Interview mit der Financial Times sagte er, Ziel dieser Gespräche sei das Kennenlernen der Standpunkte der Gegenseite. „Für uns bedeuten diese Gespräche keinen Wandel“, sagte der Minister. „Wir haben immer betont, dass wir auf der Suche nach Auswegen sind, um die Stabilität der Region sicherzustellen.“

Über sein Treffen mit Blinken sagte Faisal der Presse: „Heute habe ich mit meinem Freund Antony Blinken ein konstruktives Gespräch gehabt. Wir haben über gemeinsame Anliegen, über unsere Sorgen und darüber gesprochen, wie wir unsere strategische

Zusammenarbeit an verschiedenen Fronten stärken können.“ Auch Blinken betonte nach dem Gespräch mit Faisal: „Die Kooperation mit Saudi-Arabien ist für uns von großer Bedeutung. Wir fühlen uns verpflichtet, die Interessen Saudi-Arabiens zu verteidigen.“ Faisal traf auch den Iran-Beauftragten der US-Regierung Robert Malley, mit dem er nach Angaben des Außenministeriums in Riad über „gemeinsame Bemühungen“ gegen nukleare Aktivitäten Irans sprach.

Den Angaben Teherans zufolge geht es bei den Gesprächen mit Saudi-Arabien inhaltlich vor allem um die Sicherheit im Persischen Golf, die Lage in Syrien, Libanon und vor allem um den Krieg in Jemen. Alles deutet darauf hin, dass die beiden Länder in Jemen einen Stellvertreterkrieg gegeneinander führen.

Saudi-Arabien war von Anbeginn gegen ein Nuklearabkommen mit Iran. Es betrachtet das iranische Atomprogramm als eine ernsthafte Bedrohung der Stabilität des gesamten Nahen und Mittleren Ostens. Demgegenüber behauptet Iran, sein Atomprogramm diene ausschließlich friedlichen Zwecken. Auf einer Pressekonferenz in Washington über die Lage der Region sagte Faisal, Iran habe die Entwicklung seines Nuklearprogramms beschleunigt und sei an einem „sehr gefährlichen Punkt“ angelangt. Anders als zuvor sagte er, die Gespräche mit Teheran hätten bislang keine „nennenswerten Ergebnisse“ gebracht. Er forderte Iran auf, alle Verstöße gegen das Atomabkommen zurückzunehmen.

Am 18. Oktober erklärte der Sprecher des Teheraner Außenministeriums, Said Chatibisadeh, auf seiner wöchentlichen Pressekonferenz, die Gespräche mit Saudi-Arabien verliefen in freundlicher Atmosphäre, sie seien positiv und würden fortgesetzt. „Die passende Beschreibung, die ich geben kann, ist, die Gespräche sind sehr höflich und sehr ernsthaft. Wir müssen diese Gespräche so lange fortführen, bis wir zu handfesten Ergebnissen gelangen.“

Iranische Medien hatten wenige Tage zuvor berichtet, die beiden Staaten seien übereingekommen, ihre Konsulate im jeweilig anderen Land wieder zu eröffnen. Doch diese Nachricht wurde offiziell nicht bestätigt.

KOOPERATIONSABKOMMEN ZWISCHEN IRAN UND VENEZUELA

Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian erklärte bei einem Treffen mit seinem venezolanischen Amtskollegen Felix Plasencia in Teheran am 18. Oktober, die beiden Staaten werden ein „zwanzigjähriges Kooperationsabkommen“ unterzeichnen. Dies werde in den nächsten Monaten bei einem offiziellen Besuch des venezolanischen Staatsoberhauptes Nicolas Maduro geschehen. „Das zeigt, dass sich die Beziehungen zwischen den beiden Staaten rasch entwickeln“, sagte der Minister. Die Entwicklung sei bereits so weit, dass überall in allen Städten Venezuelas iranische Waren zum Verkauf angeboten werden, was iranischen Kaufleuten gute Chancen biete.

Plasencia traf auch Präsident Ebrahim Raisi. Sowohl Iran als auch Venezuela gehören zu den großen ölproduzierenden Ländern. Doch beide Staaten werden von Sanktionen der USA unter Druck gesetzt und haben nicht zuletzt deswegen Schwierigkeiten, ihr Öl zu exportieren. Seit geraumer Zeit versuchen sie sich gegenseitig zu helfen. Iran schickte mehrmals Tanker mit Benzin, das in Venezuela knapp ist, und auch Nahrungsmittel, in das Land. Venezuela befindet sich derzeit, noch mehr als Iran, in einer tief reichenden Wirtschaftskrise.

Die Frage ist nur, wie hilfreich der Ausbau der Beziehungen zwischen zwei Staaten sein kann, die tausende Kilometer voneinander entfernt liegen, ganz unterschiedliche Regierungssysteme haben und im eigenen Land mit enormen Problemen konfrontiert sind. Denkbar ist nur, dass Iran versucht, mehr Einfluss in Lateinamerika zu gewinnen.

Zumindest haben die beiden Staaten einen gemeinsamen Feind und können mit dieser Position möglicherweise andere Verbündete gewinnen.

KEINE VERKNÜPFUNG DER ATOMGESPRÄCHE MIT GEFANGENENAUSTAUSCH

Irans Außenminister Hossein Amir-Abdollahian erklärte, sein Land sei nicht bereit, einen möglichen Gefangenenaustausch mit den Atomverhandlungen zu verknüpfen. „Für uns ist der Austausch von Gefangenen ein Akt der Humanität“, sagte er in einem Telefongespräch mit UN-Generalsekretär Antonio Guterres. „Iran möchte nicht, dass der Gefangenenaustausch vom Ergebnis der Atomverhandlungen abhängig gemacht wird.“

Iran und die USA hatten im Frühjahr neben den Atomverhandlungen in Wien auch über einen Austausch von Gefangenen verhandelt. Doch da man in Bezug auf das iranische Atomprogramm keine Einigung erzielte, blieben auch die Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch ohne Ergebnis. Die neue Regierung in Teheran erklärte nach ihrem Amtsantritt, sie habe den Plan, der vorsah, vier iranische Gefangene in den USA mit vier US-Gefangenen in Iran plus Freigabe von sieben Milliarden Dollar aus dem in den USA eingefrorenen iranischen Guthaben auszutauschen, zu den Akten gelegt.

Aus Kreisen um den iranischen Nationalen Sicherheitsrat wurde nach dem Regierungswechsel in Washington die Vermutung geäußert, der neue Präsident Joe Biden sei bereit, Verhandlungen über einen Gefangenenaustausch aufzunehmen. Auch Großbritannien hatte den Wunsch geäußert, gleichzeitig die Verhandlungen über die Freilassung der iranisch-britischen Journalistin, die sich seit einigen Jahren in iranischer Gefangenschaft befindet, wieder aufzunehmen. (siehe auch S. 21/22). Sowohl der damalige Präsident Hassan Rohani als auch sein Außenminister Mohammad Dschawad Sarif hatten Verhandlungsbereitschaft signalisiert. Doch offenbar war der Plan gescheitert, weil die USA sich geweigert hatten, die sieben Milliarden Dollar freizugeben.

Ein Gefangenenaustausch zwischen Teheran und Washington fand 2015 im Zuge des Atomabkommens statt. Damals hatte die Regierung von Barack Obama rund zwei Milliarden Dollar an Iran gezahlt. Obamas Nachfolger Donald Trump bezeichnete diesen Deal als „Lösegeld für iranische Geiselnahme“.

AFGHANISCHE FLÜCHTLINGE WERDEN ABGEWIESEN

Mohammad Haschem Hansaleh, örtlicher Grenzkommandant am Grenzübergang in Sarandsch, sagte der Nachrichtenagentur AFP, es gebe einen großen Andrang von Flüchtlingen an der iranisch-afghanischen Grenze. Täglich versammelten sich 3000 bis 4000 Menschen, die nach Iran flüchten wollten. Doch sie würden, bis auf jene, die ein gültiges Einreisevisum besitzen, von iranischen Sicherheitskräften zurückgewiesen. Demnach dürften täglich zwischen 500 bis 600 Personen, meist Händler, die Grenze passieren, berichtet AFP.

Die Zahl der Flüchtlinge hat sich den Angaben des Kommandanten zufolge seit der Machtübernahme der Taliban drastisch erhöht. Zuvor habe die Zahl derer, die ihre Heimat verlassen wollten, bei täglich 1000 bis 2000 gelegen.

Abgewiesene Flüchtlinge berichteten der Agentur, sie seien von Grenzbeamten brutal behandelt worden. „Iranische Soldaten haben unser Geld genommen und uns auf die Hände geschlagen“, berichtete ein Mann. Ein anderer Afghane berichtete, er habe eines Nachts Schüsse gehört. Zwei Flüchtlinge seien getötet worden.

Kamal Charrasi, Vorsitzender des Rats für strategische Außenpolitik Irans erklärte, die Islamische Republik habe nicht die Absicht, sich in innere Angelegenheiten Afghanistans

einzumischen. „Aber sie hat selbstverständlich Interessen, die berücksichtigt werden müssen.“ Dabei gehe es darum, „die Sicherheit der Grenzen zu gewährleisten, jeglichen Einfluss terroristischer Organisationen zu unterbinden, keinen Drogenschmuggel zu dulden, die Rechte der Schiiten und anderer Minderheiten zu sichern, die persische Sprache als wichtiges Kulturgut zu sichern und zu verbreiten, die Rückkehr der Flüchtlinge nach Afghanistan zu organisieren, den Handel zwischen Iran und Afghanistan weiter zu entwickeln und Afghanistan beim Wiederaufbau des Landes zu unterstützen“.

„Unsere Politik in Afghanistan hängt vom Verhalten der Taliban ab“, sagte Charrasi weiter. Sollten die Taliban dafür sorgen, dass eine Regierung gebildet wird, die das gesamte Volk repräsentiert, den Terrorismus bekämpft und eine freundschaftliche Nachbarschaft pflegt, wird Iran bereit sein, auf allen Ebenen mit der Regierung und dem afghanischen Volk zusammenzuarbeiten und alle unsere Erfahrungen und Mittel unseren afghanischen Brüdern und Schwestern zur Verfügung zu stellen.“

Irans Innenminister Ahmad Wahidi forderte alle Menschen in Afghanistan, die die Absicht hätten, ihr Land zu verlassen, auf, sich nicht an die Grenze Irans zu begeben. „Wir bitten Sie, versuchen Sie nicht, nach Iran zu kommen“, sagte er. „Wir haben keine Möglichkeit mehr, Sie aufzunehmen.“ Die iranischen Ordnungskräfte hätten alle Vorbereitungen getroffen, um die Flüchtlinge zurückzuweisen.

Viele afghanische Flüchtlinge, die nach Iran kommen, versuchen über die Türkei nach Europa zu gelangen. Doch auch die Türkei betont immer wieder, dass ihre Kapazitäten zur Aufnahme von Flüchtlingen erschöpft seien. Das sagte auch der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan kürzlich beim G20-Gipfel.

Indes erklärte der Vizevorsitzende der operativen Abteilung der iranischen Revolutionsgarden, General Abbas Nilufarweschan, es gebe „keinerlei ernstzunehmende Bedrohungen“ aus Afghanistan. Die Taliban hätten sich geändert, sie seien ganz anders als der Islamische Staat (IS) und hätten gegenüber Frauen und Minderheiten eine völlig andere Auffassung.

In einem Interview mit der Nachrichtenagentur Tasnim sagte der General: „Meiner Ansicht nach haben die Taliban inzwischen akzeptiert, dass Afghanistan sich aus verschiedenen Ethnien und religiösen Gemeinschaften zusammensetzt, die am Schicksal des Landes beteiligt werden müssen. Das gilt auch für die Frauen.“ Diesen „Sinneswandel“ der Taliban könne man heute bei ihrem Umgang mit der Bevölkerung beobachten.

Viele einflussreiche Politiker und Militärs in Iran waren bereits vor der Machtübernahme der Auffassung, dass die Taliban sich geändert hätten und als eine politische Macht akzeptiert werden müssten. Sie führten lange vor der Machtübernahme Gespräche mit den Vertretern der Taliban. Selbst der ehemalige iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif empfing hochrangige Vertreter der Taliban in Teheran.

Nilufarweschan sagte weiter: „Natürlich müssen wir noch abwarten und schauen, wie sich die Lage in Afghanistan entwickelt, welche Maßnahmen die Taliban treffen werden.“ Er warf den USA und Israel vor, Konflikte zwischen Iran und seinen östlichen und westlichen Nachbarn erzeugen zu wollen. Zugleich erklärte er, Iran habe keine Probleme mit einem möglichen Krieg gegen Israel. „Israel ist vollständig umzingelt von Kräften der Islamischen Republik. Zwar versucht Israel, verschiedene Gruppen gegen Iran aufzuwiegeln. Das wird aber nicht gelingen, denn die iranische Revolution ist mit den Völkern der Region tief verwurzelt.“ Iran werde alle Waffen, mit Ausnahme von Nuklearwaffen, auf die das Land aus religiösen Gründen verzichte, zu seiner Verteidigung und Wahrnehmung seiner Interessen einsetzen.

Teheran nahm auch an der Afghanistan-Konferenz teil, die am 20. Oktober in Moskau stattfand. Dort beschlossen die Teilnehmer, zu denen auch China und Pakistan zählten,

gemeinsam mit den Taliban für Frieden und Sicherheit in der Region zu sorgen. Zudem wurden die Taliban in einer gemeinsamen Erklärung aufgefordert, „eine gemäßigte und solide Innen- und Außenpolitik zu betreiben“. Sie sollen freundschaftliche Beziehungen zu den Nachbarstaaten herstellen und „die Rechte ethnischer Gruppen, Frauen und Kinder respektieren“.

Im Vorfeld einer Afghanistan-Konferenz in Teheran am 27. Oktober entfachte die Veröffentlichung eines Artikels in der konservativen Tageszeitung „Dschemhuri Eslami“ die Diskussionen über die Beziehungen zu den Taliban. Die Zeitung bezeichnete eine mögliche Anerkennung der Taliban als „Schandfleck auf der Stirn der Islamischen Republik“. Die Anerkennung dieser „terroristischen und illegalen Gruppe“ wäre mehr als ein strategischer Fehler, „es wäre ein Schandfleck, der in die Annalen der Geschichte eingehen würde, ein Schandfleck, der nie weggewischt werden könnte“, schreibt die Zeitung. Mit Blick auf die Afghanistan-Konferenz in Moskau schreibt der Autor: „Es scheint, dass die an dieser Konferenz teilnehmenden Staaten dabei sind, die Herrschaft der Taliban anzuerkennen. Auch die Islamische Republik erwägt die Anerkennung.“ Man könne Russland nicht mit Iran vergleichen. Das russische Regime habe keine „wertorientierten und humanen Ideale“, seine Interessen seien ausschließlich auf materielle Vorteile konzentriert. „Diejenigen, die heute in Russland die Macht innehaben, sind dieselben, die vor einigen Jahrzehnten Afghanistan erobert hatten. Die damaligen jungen Offiziere der Roten Armee sind die Generäle von heute. Sie haben nicht vergessen, welche Verbrechen sie damals gegen das afghanische Volk begangen haben.“ Gerichtet an die Verantwortlichen in Iran schreibt die Zeitung weiter: „Lasst nicht zu, dass die Anerkennung dieser terroristischen, rückständigen Gruppe in euren Akten festgeschrieben wird, lasst nicht zu, dass der Name der Islamischen Republik mit dieser Schandtats besudelt wird.“

Am 27. Oktober fand in Teheran eine Konferenz über die Zukunft Afghanistans statt. Dazu eingeladen waren die Nachbarstaaten Afghanistans, Pakistan, Tadschikistan und Usbekistan. Chinas und Russlands Außenminister nahmen online an der Konferenz teil. Die Taliban waren nicht eingeladen.

Chinas Außenminister Wang Yi sagte in einer zuvor aufgezeichneten Videobotschaft, die vom iranischen Fernsehen gesendet wurde, die Taliban seien an Gesprächen mit der internationalen Staatengemeinschaft interessiert. China werde zu einer geeigneten Zeit Gast einer dritten Afghanistan-Konferenz sein. Der Minister forderte alle Staaten auf, sich am Wiederaufbau Afghanistans zu beteiligen. Pakistans Ministerpräsident Imran Khan schlug den Nachbarstaaten vor, gemeinsam die Taliban anzuerkennen. Auf der Konferenz wurde eine Videobotschaft des UN-Generalsekretärs Antonio Guterres übertragen. Darin sagte Guterres, Afghanistan befinde sich in einer besorgniserregenden humanitären Krise. Es müsse dringend etwas dagegen unternommen werden.

In dem Schlusskommuniqué heißt es unter anderem, die Lage in Afghanistan habe sich vollständig geändert. Die Nachbarstaaten seien wegen der komplizierten militärischen, politischen, sozialen, wirtschaftlichen und humanitären Lage des Landes „zutiefst“ besorgt.

EIN WEITERES JAHR GEFÄNGNIS FÜR ZAGHARI BESTÄTIGT

Das Revisionsgericht in Teheran hat am 16. Oktober das Urteil gegen die iranisch-britische Staatsbürgerin Nazanin Zaghari-Ratcliffe bestätigt. Demnach wird sie bis zum Jahr 2023 Iran nicht verlassen können. Zaghari war zuvor von einem Teheraner Revolutionsgericht zu einem Jahr Gefängnis und einem weiteren Jahr Ausreiseverbot verurteilt worden. Der Mann von Zaghari, Richard Ratcliffe, bezeichnete in einem Interview mit der BBC das Urteil als „schockierend“. Auch seine Frau sei „traumatisiert angesichts des Gedankens, wieder ins Gefängnis gehen zu müssen“. Der Grund für dieses Urteil sei völlig unklar. „Wir wissen nur, dass Iran Nazanin als Geisel benutzt, um bestimmte Forderungen an

Großbritannien durchzusetzen“, sagte er. Er habe jeden Tag mit ihrer Freilassung gerechnet. „Dann kam dieses völlig unerwartete Urteil.“ Er vermute, dass die Geschichte sich so lange fortsetzen werde, bis die Konflikte zwischen Teheran und London gelöst sein würden.

Zaghari war 2016, als sie zu einem Besuch bei ihren Eltern in Teheran weilte, festgenommen worden. Der 42-jährigen Projektmanagerin der Thomson-Reuters-Stiftung wurde Spionage vorgeworfen. Sie wurde zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Im April dieses Jahres wurde sie wieder freigelassen, durfte jedoch das Land nicht verlassen. Denn eine Woche vor dem Ende ihrer Strafzeit begann ein neuer Prozess gegen sie. Dann wurde sie zu einem weiteren Jahr Gefängnis verurteilt, mit der Begründung, sie habe 2009 an Demonstrationen gegen die umstrittene Wiederwahl von Präsident Ahmadinedschad teilgenommen und dazu auch ein Interview mit dem persischsprachigen Programm der BBC geführt.

Die britische Außenministerin Liz Truss zeigte sich empört. „Die Entscheidung Irans, die haltlosen Vorwürfe gegen Nazanin Zaghari-Ratcliffe aufrechtzuerhalten, ist vollkommen inakzeptabel“, twitterte sie am 17. Oktober.

Politische Beobachter/innen vermuten, dass Iran Zaghari als Druckmittel benutzt, um die Briten zu zwingen, den Forderungen Teherans nachzukommen. Bei den Forderungen geht es in erster Linie um eine Summe von rund 200 Millionen Pfund, die Iran in der Schah-Zeit für den Kauf von Panzern an die Briten gezahlt hatte, die aber nie geliefert wurden. Richard Ratcliffe trat am 24. Oktober vor dem britischen Außenministerium in einen Hungerstreik. Er erklärte, mit dieser Aktion den Premierminister Boris Johnson und seine Regierung dazu zwingen zu wollen, sich für die Freilassung seiner Frau einzusetzen. „Es wird immer deutlicher, dass Nazanins Fall schon vor vielen Monaten hätte gelöst werden können, wenn nicht andere diplomatische Agenden im Vordergrund gestanden hätten“, sagte er. „Dafür tragen Johnson und seine Regierung die Verantwortung.“

Am 27. Oktober erklärte Irans Justizsprecher Sabiollah Chodaian, das Urteil gegen sie (Zaghari) sei zwar bestätigt worden, rechtskräftig sei es jedoch noch nicht. Damit brauche sie zunächst nicht ins Gefängnis zurückzugehen. Allerdings könne sie auch nicht das Land verlassen.

DEMONSTRIERENDE FORDERN DIE SCHOTTISCHE POLIZEI AUF, RAISI ZU VERHAFTEN

Iranische Oppositionelle und Menschenrechtsaktivist/innen forderten auf einer Demonstration am 8. Oktober die schottische Polizei auf, den iranischen Präsidenten Ebrahim Raisi zu verhaften, sollte er zur Teilnahme an der UN-Klimakonferenz nach Schottland kommen. Die Konferenz, zu der laut iranischen Medien auch Raisi eingeladen ist, wird vom 31. Oktober bis 12. November in Glasgow stattfinden.

Raisi wird vorgeworfen, für die Massenhinrichtungen von 1988 mitverantwortlich zu sein. Er solle wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit festgenommen und vor Gericht gestellt werden, forderten die Demonstranten. Auch der UN-Beauftragte für Menschenrechte hatte bereits nach der Wahl Raisis gefordert, dessen Rolle bei den Massenhinrichtungen zu untersuchen.

Seit seinem Amtsantritt im August dieses Jahres hat Raisi nur einen einzigen Besuch im Ausland unternommen, und zwar in die tadschikische Hauptstadt Duschanbe. Eine Teilnahme an der UN-Vollversammlung in New York lehnte er „wegen Corona“ ab. Laut New York Times hatte der frühere schottische Europaabgeordnete Struan Stevenson bereits offiziell die schottische Polizei aufgefordert, Raisi zu verhaften. Fünf Personen,

deren Angehörige in den achtziger Jahren gefoltert und hingerichtet wurden, hätten diesen Wunsch an ihn herangetragen, sagte Stevenson.

Die Demonstrierenden sind der Meinung, die Verhaftung Raisis in Großbritannien sei rechtlich zulässig. Sie verweisen auf die Festnahme des früheren chilenischen Diktators Augusto Pinochet, als er 1998 aus gesundheitlichen Gründen nach London gekommen war. Damals war Pinochet nicht mehr Präsident Chiles gewesen. Doch ein Gericht in Großbritannien entschied, dass er immer noch Immunität genieße und daher freigelassen werden müsse. Tatsächlich konnte Pinochet nach längerem Aufenthalt in einem Gefängnis Großbritannien verlassen.

Wie erwartet hat Raisi bisher nicht an der Konferenz teilgenommen.